

Klima-Lektionen für die Trump-Regierung von Todd Stern

geschrieben von Chris Frey | 15. Dezember 2024

[Rupert Darwall](#)

„Das Pariser Klimaabkommen von 2015 sollte als einer der großen Triumphe in die Geschichte eingehen“, schrieb Jonathan Chait zwei Tage nach Abschluss des Abkommens. Todd Stern, der bis auf acht Monate der Präsidentschaft von Barack Obama Amerikas Klimabeauftragter war, war für das Zustandekommen des Pariser Abkommens unverzichtbar. In seinem neuen [Buch](#) mit dem Titel „*Landing the Paris Climate Agreement: How It Happened, Why It Matters, and What Comes Next*“ (MIT Press, Oktober 2024) hat Stern eine unverzichtbare Geschichte der Entstehung, des Warum und des Weshalb des Pariser Abkommens geschrieben, unverzichtbar sowohl für Befürworter als auch für Kritiker und damit auch für die Mitglieder der neuen Trump-Regierung, die zum zweiten Mal über eine künftige amerikanische Beteiligung an dem Abkommen nachdenken.

Sterns Bericht beginnt mit den Vorbereitungen für die Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen. Stern wusste, was getan werden musste. Die Brandmauer in der ursprünglichen Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC), unterzeichnet 1992 auf dem Erdgipfel in Rio, musste beseitigt und ein Vertragstext erstellt werden, der nicht dem Senat der Vereinigten Staaten zur Beratung und Zustimmung vorgelegt werden musste.

Stern war Zeuge der präventiven Ablehnung des Kyoto-Protokolls von 1997 durch den Senat geworden, weil die UN-Firewall China und andere große Entwicklungsländer vor künftigen vertraglichen Auflagen zur Begrenzung ihrer Emissionen schützte. Dieses Ziel wurde zunächst von den Europäern abgelehnt, die die USA zu einem rechtlich verbindlichen Klimavertrag drängen wollten, von dem sie wussten, dass er scheitern würde, und der auf dem trügerischen Glauben beruhte, dass die Entwicklungsländer folgen würden, wenn die Industrieländer mit gutem Beispiel vorangehen.

Stern hatte einen Verbündeten in den dänischen Gastgebern der Konferenz, die ein kurzes, rechtlich nicht bindendes Abkommen wollten. Der vieljährige britische Klimaverhandler Pete Betts hatte ebenfalls vorgeschlagen, dass die Länder ihre eigenen nationalen Pläne als Teil eines neuen Abkommens vorlegen sollten, anstatt Emissionsziele auszuhandeln und diese in einen Vertrag einzutragen. Doch ein Quartett aus China, Indien, Brasilien und Südafrika blockierte jede Vereinbarung, die ein Ziel für einen rechtsverbindlichen Vertrag festlegt. „Sie waren nicht bereit, das Risiko einzugehen, dass ein rechtsverbindliches Abkommen sie binden würde“, schreibt Stern.

Die Kopenhagener Konferenz der Vertragsparteien (COP) wird gewöhnlich

als Desaster dargestellt. Sie endete in einem Beinahe-Chaos, als eine Handvoll südamerikanischer Länder die Konferenz daran hinderte, die zweieinhalb Seiten lange Kopenhagener Vereinbarung anzunehmen, und es nur knapp schaffte, sie „zur Kenntnis zu nehmen“. Stern stellt diese Einschätzung in Frage. Die US-Seite habe Kopenhagen nie als Fehlschlag betrachtet, sagt er. „Wir wussten, dass die Vereinbarung ein wichtiges Dokument war, dass sie eine wesentliche Abkehr vom alten Paradigma der Brandmauern einleitete und einen potenziell bedeutenden Schritt nach vorne darstellte.“

Die nächste COP fand in Cancún statt. „Wenn Kopenhagen kalt und grau mit nassem Schnee war ... war Cancún das Gegenteil. Die Luft war weich und warm, der Himmel blau, der Golf von Mexiko plätscherte an den Stränden“, erinnert sich Stern. Sterns Ziel war es, die Kopenhagener Vereinbarung in den Prozess einzubinden, während China sein Bestes tat, um sie zu verhindern. Ein europäischer Kollege brachte das Dilemma auf den Punkt: Die USA würden die Brandmauer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht akzeptieren, aber China und seine Verbündeten würden sie nicht aufgeben.

Allerdings hatte China in Kopenhagen die Karten auf den Tisch gelegt. Einige Entwicklungsländer, insbesondere die vermeintlich gefährdeten kleinen Inselstaaten, wollten ein gemeinsames Vorgehen in der Klimapolitik, was zu ersten Rissen im Block der Entwicklungsländer (G77 plus China) führte. In Cancún wurden die wesentlichen Bestandteile der Kopenhagener Vereinbarung in die Cancún-Vereinbarungen umgewandelt. Dies wurde auf der COP 2011 in Durban bekräftigt, wo man sich auf eine [Plattform](#) einigte, um „ein Protokoll, ein anderes Rechtsinstrument oder ein vereinbartes Ergebnis mit Rechtskraft im Rahmen des Übereinkommens, das für alle Parteien gilt“, zu entwickeln, wobei die letzten vier Worte darauf hinweisen, wie sehr China und die Firewall-Verweigerer in die Defensive gingen.

Nach der Wiederwahl von Barack Obama und der Ernennung von John Kerry – laut Stern „das Gewissen des Senats in Sachen Klimawandel“ – zum Außenminister hat die Obama-Regierung mit der Öffnung gegenüber China den entscheidenden Schritt getan. Stern weist die Vorstellung zurück, dass dies auf einen Klima-G2 hinauslief. „Wir waren uns immer noch in zentralen Punkten uneinig, und viele andere Länder spielten eine entscheidende Rolle“. An anderer Stelle schreibt Stern: „Wir hatten jetzt in der Tat eine Art Partnerschaft – wettbewerbsorientiert, sparsam und dennoch Streitbar, verfasst von unseren Präsidenten.“ Sterns chinesischer Amtskollege Xie Zhenhua, stellvertretender Vorsitzender des chinesischen Pendantes zu Gosplan, bemerkte: „Wenn sogar die Vereinigten Staaten und China eine Einigung erzielen können, gibt es keine Probleme, die zu schwierig zu lösen sind.“

Die Annäherung an China begann mit Kerrys erster Reise als Außenminister nach Peking im April 2013, steigerte sich dann beim [Sunnylands-Treffen](#) zwischen Obama und Xi Jinping in Rancho Mirage zwei Monate später und

wurde vollendet, nachdem die USA die Chinesen davon überzeugt hatten, dass die beiden Präsidenten ein Jahr vor der Pariser Konferenz ihre geplanten Klimaziele gemeinsam bekannt geben sollten. „Als die Präsidenten Obama und Xi im November 2014 in Peking den Gang entlang schritten, verbanden sie die Geschicke beider Seiten miteinander und machten den Erfolg in Paris zu einer Notwendigkeit“, bemerkt Stern.

Dennoch war der neunseitige Text des Vertragsentwurfs bei einem Treffen vor Paris in Deutschland auf unüberschaubare 31 Seiten angewachsen, was durch die Rede von Nozipho Dizeko aus Südafrika noch erschwert wurde, verglich dieser doch die Entwicklungsländer in den Klimaverhandlungen mit der Apartheid. Die Situation war nicht so schlimm, wie sie vielleicht aussah. Wie Betts Stern einige Wochen zuvor gesagt hatte: „Wenn wir gegen die Entwicklungsländer antreten, verlieren wir; wenn wir plus die Schwachen und Progressiven antreten, gewinnen wir“.

Dies brachte das Zustandekommen eines Abkommens in Paris mit Sterns Umweltüberzeugungen in Einklang. „Ich habe die Vereinigten Staaten ganz klar auf die Seite der Progressiven gestellt“, sagt Stern. Das bedeutete, den Forderungen der kleinen Inselstaaten, angeführt von den Marshall-Inseln und ihrer britischen Anwältin und Klimaaktivistin Farhana Yamin, nach Aufnahme eines Ziels zur Begrenzung des Temperaturanstiegs gegenüber dem vorindustriellen Niveau auf 1,5 Grad Celsius und Netto-Null-Emissionen zuzustimmen. Yamin hatte zwei Jahre zuvor bei Stern für das Netto-Null-Ziel geworben. Netto-Null sei für die Menschen leichter zu verstehen als 1,5 Grad, argumentierte Yamin. „Als sie ihr Ziel eines Netto-Null-Ziels für die Welt bis 2050 vorstellte, erschien es mir damals diplomatisch so abwegig, dass ich fast gelacht habe“, schreibt Stern. „Ich konnte mir nicht vorstellen, dass die Länder ein Netto-Null-Ziel bis 2050 unterstützen würden, wenn sie nur wenige Jahre zuvor nicht einmal eine globale Reduzierung bis 2050 akzeptieren würden. Aber Farhana hatte Recht: Es ging nicht um die Politik des Jahres 2013, sondern darum, wohin wir gehen müssen.“

Dieses Gespräch verdeutlicht die Funktion der „Wissenschaft“ in der Klimapolitik. Ihre Rolle ist nicht die der Aufklärung, sondern die der Heiligsprechung dessen, was bereits politisch beschlossen worden ist. Ein Beispiel ist das angeblich „wissenschaftlich begründete Ziel“, die globale Temperatur auf 2 Grad über dem vorindustriellen Niveau zu halten, das 1996 von den europäischen Umweltministern aus dem Hut [gezaubert](#) wurde. Das verräterische Zeichen dafür, dass die 2-Grad-Grenze politisch ist, ist die vorindustrielle Basislinie. Wie die Klimawissenschaftlerin Judith Curry [betont](#), gibt es keinen Grund, die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts als Basislinie zu verwenden, die nahe dem Ende der kältesten Periode des Jahrtausends liegt. Genauso wie Stern den Golf von Mexiko angenehmer fand als die Ostsee, würden die meisten Menschen das heutige Klima dem kühleren Klima am Ende der Kleinen Eiszeit vorziehen; aber in den Augen der Umweltbewegung stellt die industrielle Revolution die Erbsünde der modernen Zivilisation dar – daher die heute übliche vorindustrielle Basislinie.

In ähnlicher Weise wurden im Vorfeld von Paris kleine Inseln zu Opfern erklärt, für die 1,5 Grad Celsius „ein kritischer Schwellenwert“ sei, so Stern – ohne jede wissenschaftliche Begründung. Etwas mehr als ein Vierteljahrhundert vor der Pariser Konferenz behauptete ein hochrangiger UN-Umweltbeamter, dass ganze Nationen durch den Anstieg des Meeresspiegels vom Erdboden verschwinden könnten, wenn die globale Erwärmung nicht rückgängig gemacht würde. Natürlich war das nicht der Fall. Wie Charles Darwin in den 1830er Jahren herausfand, entstehen tief liegende Korallenatolle durch das langsame Absinken des Meeresbodens, d. h. durch den Anstieg des Meeresspiegels. Doch die unwissenschaftliche Behauptung, die Existenz dieser Inseln sei durch Kohlendioxidemissionen gefährdet, führte dazu, dass das 1,5-Grad-Ziel in das Pariser Abkommen aufgenommen wurde und der Westen – wohlgerne, nicht die Welt – das extreme und unerreichbare Ziel einer 100-prozentigen Dekarbonisierung bis 2050 verfolgte.

Sterns Urteil über das Pariser Abkommen als „Paradigmenwechsel“ ist sicherlich richtig. Das Abkommen sei „besser als die besten Szenarien, die wir uns vorgestellt haben. Es war universell, seine Verpflichtungen und Erwartungen galten für alle Länder. Es war langlebig und darauf ausgelegt, sich ständig zu erneuern“. Auf dem Weg dorthin ist Stern großzügig, wenn es darum geht, andere zu loben, aber ein Großteil des Verdienstes gebührt ihm. Er hatte einen strategischen Blick dafür, wo er hinwollte, und kannte die Hindernisse auf dem Weg dorthin; er kannte seine Ziele und die seines Präsidenten; er bemühte sich, gute Beziehungen zu den Hauptakteuren und den Randgruppen aufzubauen; er war offen für neue Ideen, egal woher sie kamen; er besaß das Gespür eines Verhandlungsführers für das richtige Timing; und er maximierte das Potenzial des Klimadialogs der Obama-Regierung mit China und entwickelte eine vertrauensvolle Beziehung zu seinem chinesischen Amtskollegen.

Außerhalb der Klimablase wird ein anderes Urteil gefällt. Stern bezeichnet das Pariser Abkommen als eine Wette – eine Wette darauf, dass die zunehmende Kraft von Normen und Erwartungen eine Kettenreaktion auslösen würde, die das Potenzial hat, eine dekarbonisierte Weltwirtschaft zu schaffen. So gesehen ist Paris eine Multimilliarden-Dollar-Wette, die von vornherein zum Scheitern verurteilt war. China und andere große Entwicklungsländer kämpften für die Beibehaltung der UNFCCC-Brandmauer, weil sie nicht dekarbonisieren wollten. Xie sagte Stern, dass China erst dann verbindliche Ziele in Betracht ziehen würde, wenn das Land seine Industrialisierung abgeschlossen hätte. Warum sollte Paris daran etwas ändern?

Stern hoffte, dass die steigenden Erwartungen an kollektive Klimaschutzmaßnahmen China zu einem Kurswechsel zwingen würden. Dies war ein Schatz am Ende des Regenbogens, der nur aus Fantasie bestand. Wie der Brite Pete Betts 2023 gegenüber der FT [erklärte](#), „kritisiert niemand die [Klima-]Zusagen, wenn sie nicht von den Industrieländern gemacht werden“. Stern selbst räumt ein, dass Xi, nachdem er 2021 erklärt hatte, China werde den Anstieg seines Kohleverbrauchs strikt begrenzen, 2022

abrupt seinen Kurs änderte und massive Investitionen in neue Kohlekraftwerke tätigte.

Das Pariser Klimaregime ist kein gelebter Multilateralismus, wie Stern meint. Es ist eine Mischform des synchronisierten Unilateralismus. Im Rahmen von Paris macht jedes Land Klimapolitik auf seine eigene Weise. Obwohl der Text des Pariser Abkommens die Brandmauer niederreißt, hat die reale Welt kaum Notiz davon genommen. In den acht Jahren zwischen dem Pariser Abkommen und 2023 hat der Westen seine Kohlendioxidemissionen um 1.705 Millionen Tonnen pro Jahr gesenkt, während der Rest der Welt seine Emissionen um 4.082 Millionen Tonnen pro Jahr erhöht hat, wobei China für fast genau die Hälfte dieses Anstiegs verantwortlich ist. Für jede Tonne Kohlendioxid, die der Westen einspart, stößt der Rest der Welt 2,4 Tonnen zusätzlich aus, wobei 1,2 Tonnen dieses Anstiegs auf China entfallen. Sterns Wette, dass die Kommunistische Partei Chinas durch Schuldzuweisungen dazu gebracht werden könnte, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln, war nicht nur von vornherein absurd. Sie wurde auch durch das widerlegt, was China tatsächlich tut.

Sterns Pariser Wette ist mit Bedingungen verknüpft. Artikel 4.3 des Pariser Abkommens sieht eine rechtlich verbindliche Sperrklinke vor, so dass die aufeinanderfolgenden national festgelegten Beiträge jeder Vertragspartei „eine Steigerung über den dann aktuellen national festgelegten Beitrag der Vertragspartei hinaus darstellen und ihren höchstmöglichen Ehrgeiz widerspiegeln“. Die Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird in Artikel 4.4 und der Erwartung übernommen, dass die Industrieländer weiterhin die Führung übernehmen sollten, „indem sie sich wirtschaftsweite absolute Emissions-Reduktionsziele setzen. Die Entwicklungsländer unter den Vertragsparteien sollten ihre Anstrengungen zur Emissionsminderung weiter verstärken“.

Zusammen mit der ersten Runde der national festgelegten Beiträge ergibt sich daraus in der Praxis ein verbindlicher Vertragsmechanismus für die einseitige Dekarbonisierung des Westens mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Geopolitik und das globale Machtgleichgewicht. Für Stern ist die Geopolitik eine Komplikation auf dem Weg der globalen Dekarbonisierung. Dies verdeutlicht die unvereinbaren Weltanschauungen der Obama- und Trump-Regierungen. Für die Obama-Regierung ist die Welt wegen des Klimawandels ein gefährlicher Ort. Für die Trump-Regierung ist die Welt ein gefährlicher Ort, weil es in der Welt böse Akteure gibt, die Amerika feindlich gesinnt sind.

„Kein Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Nationen wird Bestand haben“, [erklärte](#) Präsident Obama in seiner ersten Rede vor der UN-Generalversammlung, und so nahmen die Vereinigten Staaten eine achtjährige Auszeit von der Geopolitik. Die Geopolitik hat dies nicht erwidert. Die Überschreitung der Chemiewaffengrenze in Syrien, ein ermutigter Iran, der Zusammenbruch der amerikanischen Macht im Nahen

Osten, die Einnahme der Krim durch Wladimir Putin und sein Einmarsch in der Ostukraine – viele der Gründe, warum die Welt heute ein gefährlicher Ort ist, haben ihren Ursprung in der Passivität der Obama-Jahre.

Die Ablehnung der Geopolitik durch die Obama-Regierung spiegelt sich in Sterns Darstellung wider. Er erwähnt nicht den Marxismus-Leninismus der Kommunistischen Partei Chinas, der nicht nur eine totalitäre Ideologie ist, sondern nach [Ansicht](#) des ehemaligen australischen Premierministers Kevin Rudd Washington als seinen „Hauptwiderspruch“ in der Welt und die Vereinigten Staaten als seinen ideologischen und strategischen Gegner betrachtet. Stern hört Xi immer wieder von einem „neuen Modell der Beziehungen zwischen den Großmächten“ sprechen, womit er Xis Wunsch nach „einer harmonischen Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und China meint, anstatt dass die Vereinigten Staaten versuchen, Chinas Aufstieg zu verhindern“. Ganz anders die [Warnung](#), die Präsident Trump von seinem zweiten Nationalen Sicherheitsberater, H. R. McMaster, erhielt, dass eine Zustimmung zu Xis neuem Modell als amerikanische Akzeptanz der chinesischen Hegemonie in Asien verstanden werden würde.

Das Pariser Abkommen trat am 4. November 2016 in Kraft. Vier Tage später wurde Donald Trump mit dem Versprechen zum Präsidenten gewählt, aus dem Abkommen auszusteigen. Abgesehen von den schädlichen geopolitischen Folgen, die die Aushöhlung der westlichen Volkswirtschaften mit sich bringt, werfen der Umfang und die Auswirkungen der Einhaltung der Verpflichtungen des Abkommens tiefgreifende Fragen der demokratischen Legitimität auf.

„Die Vereinigten Staaten sind immer noch der größte Erdöl- und Erdgasproduzent der Welt“, schreibt Stern, als ob das gegen die Absicht des Pariser Abkommens verstoßen würde. Damit steht das Pariser Abkommen im Widerspruch zu Trumps Doktrin der [Energiedominanz](#): „Die Freisetzung reichhaltiger Energieressourcen stimuliert unsere Wirtschaft“. In seiner angeblich „faktenfreien“ Rede im Rosengarten [erklärte](#) Präsident Trump: „Ich wurde gewählt, um die Bürger von Pittsburgh zu vertreten, nicht von Paris.“ Dank Fracking – ein Wort, das in Sterns Buch ebenfalls nicht vorkommt – ist Pennsylvania nach Texas der größte Erdgasproduzent des Landes, was die Wirtschaft des Landes verändert, Kamala Harris dazu zwingt, ihren Widerstand gegen Fracking aufzugeben, und Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen zu einem [Vorsprung](#) von 120.400 Stimmen gegenüber Harris verhilft.

Keine andere Demokratie nimmt vertragliche Verpflichtungen so ernst wie die Vereinigten Staaten und verfügt über ein Äquivalent zur Vertragsklausel der Verfassung, wonach die Zustimmung des Senats einzuholen ist. Ein wichtiger Parameter für die Aushandlung des Pariser Abkommens war, dass es nicht dem Senat vorgelegt wurde. Stern interpretiert dies dahingehend, ob „eine bestimmte Verpflichtung als Erweiterung von Bestimmungen eines bereits vom Senat genehmigten Abkommens – wie dem Rahmenabkommen von 1992 – ausgelegt werden kann“. Als der Ausschuss für auswärtige Beziehungen das UNFCCC aus dem

Ausschuss verabschiedete, hielt er die **Verpflichtung** der Exekutive fest: „[Ein] Beschluss der Konferenz der Vertragsparteien [des UNFCCC] zur Annahme von Zielen und Zeitplänen müsste dem Senat zur Beratung und Zustimmung vorgelegt werden, bevor die Vereinigten Staaten ihre Ratifizierungsurkunden für ein solches Abkommen hinterlegen könnten.“

Anders als das Kyoto-Protokoll enthält das Pariser Abkommen keine verbindlichen Ziele und Zeitpläne. Stattdessen gibt es ein Prozedere, mit dem die Industrieländer ihre eigenen Ziele und Zeitpläne erstellen können. Sobald sie diese vorgelegt haben, ist das betreffende Land an eine rechtlich verbindliche Klinken ohne Enddatum gebunden, unabhängig davon, was andere Länder tun oder wie sich die globalen Emissionen entwickeln. Zielvorgaben und Zeitpläne werden auf einen Schlag festgelegt, so dass eine Prüfung durch den Senat nicht mehr erforderlich ist. Ist das ein faires Spiel oder ein Taschenspielertrick?

Während der Verhandlungen betete Stern oft um Hilfe bei einer ehrlichen Prüfung. Der Ehrgeiz und die Reichweite des Pariser Abkommens sind weitreichender und einschneidender als die des Kyoto-Protokolls. Diejenigen, die meinen, dass der Netto-Nullpunkt-Übergang zu schwierig ist, sollten sich an die Reaktion auf Covid erinnern, schlägt Stern vor. „Niemand hätte sich vor der Pandemie vorstellen können, dass die Verantwortlichen ganze Städte mit fünf bis zehn Millionen Einwohnern praktisch über Nacht stilllegen würden. Wie sollte das gehen? Was ist mit der Wirtschaft? Was ist mit den Gegenreaktionen? Es wäre absurd erschienen. Bis es nicht mehr so war.“

Als die Obama-Regierung und China am 3. September 2016 gemeinsam ihre Ratifizierungsurkunden für das Pariser Abkommen hinterlegten, gab es viel Aufsehen, aber keine Debatte oder Prüfung. „Wir können dies als den Moment betrachten, in dem wir endlich beschlossen haben, den Planeten zu retten“, **erklärte** Präsident Obama. Es war eine beschlossene Sache, bis Präsident Trump neun Monate später die Absicht der USA ankündigte, aus dem Abkommen auszusteigen, was wenige Stunden nach der Amtseinführung von Joe Biden als Präsident dieser wieder rückgängig machte. Wenn das Pariser Abkommen, wie Präsident Obama behauptet, ein entscheidender Moment in der Weltgeschichte ist, dann kann man kaum behaupten, dass die Umgehung des Senats den Stern'schen Geradlinigkeitstest erfüllt.

Wenn es an der Zeit ist, dass sich die zweite Trump-Regierung mit dem Pariser Abkommen befasst, sollte ihr Ziel sein, das Ping-Pong-Spiel um das Pariser Abkommen zu beenden. Das ist unerlässlich, wenn die Trump-Regierung Amerikas Freunden und Verbündeten einen Vorsprung verschaffen will. Das Pariser Abkommen ist nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern auch für den Westen insgesamt eine katastrophale Einseitigkeit.

Länder, die angesichts des immensen Schadens, den die Netto-Null-Klimapolitik ihren Volkswirtschaften zufügt, Zweifel haben könnten, sollten ermutigt werden, den Vereinigten Staaten aus dem Pariser Abkommen zu folgen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie das tun, ist

geringer, wenn die USA mit einem Federstrich des Präsidenten wieder einsteigen können. Eine Möglichkeit, einen endgültigen Ausstieg zu erreichen, bestünde darin, das zu tun, was Präsident Obama nicht getan hat: das Abkommen dem Senat vorzulegen. In gefährlichen Zeiten erfordert Frieden durch Stärke wirtschaftliche Stärke – und das bedeutet, Netto-Null und das Pariser Abkommen in Gänze abzulehnen.

Rupert Darwall is a senior fellow of the RealClearFoundation and author of The Age of Error: Net Zero and the Destruction of the West (Encounter Books, 2025).

This article was originally published by RealClearEnergy and made available via RealClearWire.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2024/12/13/sterns-climate-lesson-for-the-trump-administration/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE